Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 190 | Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 16. August 1919. | Jahrgang I.

Der Herr ist treu; der wird euch stärken und bewahren vor dem Argen. 2. Thess. 3, 3.

Der Burenkampf des deutschen Volkes.

In Nr. 386 des „Reichsboten" zieht A. Schowalter, den wir seit Jahren als warmen Anwalt der Buren kennen, eine lehrreiche Parallele zwischen dem Kampf der Buren gegen englische Tyrannei und unserem Verteidigungskrieg gegen Englands Weltaufgebot und zeigt, wie dieselbe feindliche Macht weder damals noch heute nennenswerte Waffenerfolge erzielt habe, und daß vielmehr die Kunst seiner Diplomatie und die Konsequenz seiner Arbeitsmethode zwei Völker „stranguliert" habe. Vergeblich habe er seinerzeit darauf hingewiesen, daß die „staatskluge" Unterdrückung der Entrüstung über Englands Spiel in dem einen Fall auch die protestlose Erwürgung eines Volkes im anderen Fall begünstigen könne. Vergeblich habe er vor den Folgen einer reinen Nützlichkeits- und einer Laisser-aller-Politik, d. h. einer Politik, die alles gehen läßt, wie es geht, gewarnt, weil unter ihr Englands Macht- und Bestechungspolitik erstarken müsse. Daß wir das nächste Volk seien, das erwürgt würde, und daß England ein Weltaufgebot zusammenbringen würde, um unserem Volke das Los eines kleinen Burenvolkes zu bereiten, das habe freilich damals niemand voraussehen können. Wirklich niemand? Haben nicht die Alldeutschen vor dieser unser drohenden Gefahr rechtzeitig gewarnt und es immer wieder betont, daß England der Feind sei, vor dem wir auf der Hut sein müssen? Sie mögen es in einer nicht immer klugen und England herausfordernden Weise getan haben. Der Ausbruch des Krieges und sein Verlauf haben ihnen aber vor der Geschichte Recht gegeben. Auch wir sind ein Opfer der englischen Welttyrannei geworden, genau wie einst die Buren. Wir sind auf dem Wege eine englische Provinz zu werden, ein zweites Irland, wie der Ire Chatterton-Hill vorausgesagt hat, als er befürchten mußte, daß die deutsche Widerstandskraft am Ende doch erlahmen werde! Doch das nur nebenbei! Auf einige Parallelen zu dem Heldenkampf um die Wende des Jahrhunderts, den das deutsche Volk mit seinen Sympathien begleitete, wollten wir hinweisen, Parallelen, die uns zeigen, warum wir den Krieg verloren haben und verlieren mußten.

Auf beiden Seiten war viel Vaterlandsliebe und Gottvertrauen vorhanden, und als eine Forderung dieser Vaterlandsliebe und des Gottvertrauens war auch der Entschluß vorhanden, weiterzukämpfen und durchzuhalten. Und doch brach hier wie dort aller Idealismus immer wieder zusammen vor den harten „Tatsachen" des Nichtdurchhaltenkönnens, die in beiden Völkern beredte Vertreter hatten. Dort waren es die Generale Botha und Smuts, die dem zermürbten Burenvolke immer wieder vorhielten, es sei umsonst, den ungleichen Kampf fortzusetzen: Hunger, Verwüstung, Frauennot, Kinderelend und Volksausrottung forderten gebieterisch, sich zu unterwerfen. Ist das nicht auch unsere Geschichte? Hatten wir nicht auch unsere Bothas und Smuts, die offen und geheim ihre Wühlarbeit verrichteten und den Kampfeswillen in unserem durch Hunger und anderes Elend zermürbten Volke lähmten? Man konnte es ja ganz deutlich merken, wie allmählich der Geist des Widerwillens gegen jeden weiteren Kampf in unserem Volke wuchs. Hilflos standen die Tapferen und Tapfersten immer wieder vor diesem Gespenst. Hilflos sahen sich unsere Helden in einem Netze gefangen. Man fluchte dem Tage, da man mit Verhandlungen begonnen. Man konnte, wenn man scharf zusah, auf den Gesichtern einen Zug des Entsetzens sehen, die stumme Frage: Wie? Ist das das Ende unseres Leidens und Streitens, unseres Glaubens und unserens Rufens zu Gott? Man war zerschmettert, Tränen standen in den Augen der Besten. Ein letztes Zerren an den Fesseln. Ein scharfer Protest: unbesiegt, aber durch die Not des Volkes bezwungen, will man unterzeichnen, in der Hoffnung, einer baldigen Revision der unerträglichen und unverdienten Bedingungen.

So war im Ausgangspunkt, Verlauf und Ende unser Kampf eine Wiederholung des Burenkrieges. Als Präsident Krüger und Präsident Steyn sich von einander trennten, gelobten sie sich gegenseitig: wenn schon die Unabhängigkeit preisgegeben werden müsse, so würden sie doch niemals einen Unterwerfungsvertrag unterzeichnen. Sie blieben beide vor diesem grausamen Geschick bewahrt: der eine saß als Flüchtling in Europa, der andere war durch Krankheit ans Bett gefesselt. Aber das Volk unterzeichnete an ihrer Statt durch seine gewählten Vertreter. Bei uns ersparte die Revolution dem Kaiser und seinen Heerführern die Unterzeichnung; aber sonst blieb dem Volke nichts erspart. Auch das deutsche Volk brachte Vertreter hervor, die den Weg nach Versailles fanden und es über sich vermochten, den Frieden zu unterschreiben.

Noch auf ein andere Parallele macht Schowalter aufmerksam und sie scheint uns die wichtigste zu sein. Er meint die gemeinsame religiöse Erfahrung. Auch wir waren wie die Buren überzeugt und bleiben es hoffentlich auch, daß auf unserer Seite das Recht war. Und es ist eine unaufgebbare Gewißheit unseres Glaubens, daß Gott das Recht schützt, und dem zur Seite steht, der ein heiliges Recht verteidigt. Hat unser Glaube nicht Schiffbruch gelitten? Darauf gibt Schowalter die Antwort: „Ach, daß doch einmal ein Volk wirklich die Probe auf diesen Glauben machte! Aber weder wir noch die Buren haben diese Probe bestanden. Wir haben beide nicht unser Letztes gegeben, um zu probieren, wem es zuletzt wohlgeht. Wir haben beide Gott unsere Sache vor dem Ende aus der Hand genommen. Nicht unser Glaube hat über das Ja oder Nein zu dem Friedensvertrag entschieden, sondern Tatsachen und Befürchtungen. Wir hatten, so glaubten wir, „tatsächlich" keine Aussicht mehr auf Erfolg, und wir fürchteten für unser Land, unsere Familien, unseren Besitz und unser Leben, darum haben wir nicht abgewartet, was Gott tun würde, wie die Dinge laufen würden, sondern haben von uns aus Schluß gemacht. Genau wie die Buren. Die im Glauben unterlegen sind, haben zuletzt doch immer noch gesiegt. Das sind die Märtyrer des Glaubens, die auch im Untergang nicht zweifelten an ihrer Verherrlichung. Wir wollten nicht untergehen und haben darum nicht gesehen, ob das, was nach menschlicher Voraussicht unser Untergang gewesen wäre, auch in Gottes Plan unseren Untergang bedeutete; noch viel weniger, ob nicht aus unserem Untergang unserer Nachkommen Sieg geboren worden wäre. Unserem Glauben hat die heldische Größe gefehlt. Darum sind wir nicht zum Beispiel geworden, wie der Glaube Berge versetzt und Gott durch den Glauben die Welt regiert."

Es gereicht mir zur Freude, mich hier ganz in Übereinstimmung mit Schowalter zu wissen. Vor einigen Monaten schrieb ich im „Westfälischen Sonntagsblatt für Stadt und Land" die Sätze: „Man kann jetzt oft hören, daß uns zwei Wege offen stehen. Die Formel lautet etwa so: Unterzeichnen wir, so stehen wir vor einem neuen Kapitel des Weltkrieges; an die Stelle der brüllenden Vernichtung wird die schleichende treten, die Jahrzehnte dauern kann, und in einem Menschenalter der Verzweiflung werden wir nach der Stunde der Erlösung spähen, die Erlösung bringt. Unterzeichnen wir nicht, so stehen wir vor einem kürzeren Kampf, der uns Untergang oder Rettung bringen muß und unsere Ehre wahrt. Welchen dieser beiden Wege unsere Regierung gehen wird, müssen wir abwarten. Es wäre wohl zuviel von ihr verlangt, daß sie, die doch eine glaubenslose Regierung ist und sein will, daß deutsche Volk noch auf einen dritten Weg hinwiese, der uns offensteht. Und doch ist dieser Weg der allein gewiesene, der uns noch helfen könnte. Gott allein ist es, der die satanische Politik unserer Feinde zunichte machen und uns eine „Zukunft und Hoffnung" geben kann. „Weg hat er allerwegen, an Mitteln fehlt's ihm nicht", den Rat der Feinde zuschanden zu machen. Werden wir's endlich lernen, allein auf Ihn zu schauen und auf seine Hilfe zu bauen?"

Wir habens nicht gelernt und mußten darum wie die Buren, gegen unsere bessere Überzeugung für die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages, den unsere Feinde zum Ja- oder Neinvotum uns vorlegten, stimmen und unser Todesurteil selber unterschreiben. So hat beider Völker Kampf eins bewiesen: das ist, daß die bloße Verteidigung von Grund und Boden nicht genügt, um ein Volk viele Jahre lang in den Schrecken neuzeitlicher Kriege in innerer und äußerer Geschlossenheit zusammenzuhalten. Unserem Kriege hat der große Gedanke gefehlt, der hohe Kulturzweck, oder besser noch, der hohe Gotteszweck. Darum haben wir auch den Hunger so deutlich gespürt, den man über einem hohen Ziele vergißt. Eine tragische Schuld haben wir uns dadurch aufgeladen, weil wir diesen Zielen, wenn wir gesiegt hätten, sicherlich mehr gedient hätten als unsere Feinde, die für Völkerverbrüderung, Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen vorgaben und dafür die Völker zu begeistern wußten, im Grunde es aber nicht ehrlich meinten.

Wir schließen mit Schowalters Schlußworten: „Burenkriege . . . sie sind gewesen. Im Rahmen des heutigen Weltgeschehens sind sie zu klein, um die Anteilnahme der Völker zu sichern. Man ärgert sich über die Störung, die sie bedingen. Zum mindesten will man nicht Opfer für sie bringen. Burenkriege sind eines Volkes Kriege und finden die Völkergemeinschaft als offene oder geheime Gegnerin. Der Entscheidungskampf bedarf einer anderen Lösung; es muß ein Kampf um Gott und seine Gerechtigkeit oder ein Kampf um eine Neuordnung aller Völkerbeziehungen sein. Das ist ein und derselbe Kampf, nur von verschiedenen Standpunkten aus betrachtet. Er muß bis zum Letzten durchgekämpft werden. Und das braucht nicht mit den Waffen in der Hand zu geschehen."

Pr. Oldendorf. J. Genähr.

„Ein dunkler Tag in Straßburgs Geschichte."

Die Atmosphäre in Elsaß-Lothringen scheint gewitterschwül zu sein. Zwar feiern die Franzosen und Franzosenfreunde ihre Feste weiter und suchen der Welt weis zu machen, daß sich dabei die Grundstimmung der Bevölkerung offenbare; in Wirklichkeit aber stehen die Elsaß-Lothringer den Franzosen von Tag zu Tag ablehnender gegenüber. Das hat natürlich auch seine Wirkung auf die Franzosen, die mehr und mehr zu der Überzeugung kommen, es im Elsaß im Grunde doch nur mit „boches" zu tun haben. Die Spannung, die aus dieser Gegensätzlichkeit entstanden ist, führt heute schon zu Ausbrüchen der Volksleidenschaft, wie sie die deutsche Zeit nicht kannte.

Acht Tage nach dem so glänzend begangenen „quatorze juillet", kurz nach der Eröffnung der „Nationalen Ausstellung" im ehemaligen Kaiserpalast, standen sich in Straßburg Militär und Bevölkerung derart gegenüber, daß der Eindruck erweckt wurde, „ein siegreicher Feind marschiere durch eine eben eroberte Stadt" („Humanité" Nr. 5578 vom 27. März). Alle 16—20 Meter stand ein Schwarzer mit aufgepflanztem Seitengewehr, starke Patrouillen bewegten sich durch die Straßen; Frauen und Kinder wurden verhaftet; es gab Verwundete, selbst einige Tote. Es wurde geschossen; Offiziere wurden verprügelt. Tausende von Flugblättern wurden verteilt, welche für die Selbständigkeit des Landes eintraten. Rufe: „mir welle ditsch si" (wir wollen deutsch sein) waren allgemein.

Was war geschehen? Die Straßenbahnangestellten Straßburgs waren in einen Streik getreten. Darüber regte sich die französische Militärbehörde auf, da sie in jedem Streik entweder „germanistische" oder, was in ihren Augen dasselbe ist, „bolschewistische" Anschläge wittert; sie entschloß sich, energisch zu werden. Am Montag, den 21. Juli, hatten die Straßburger das Schauspiel, Offiziere Trambahnwagen führen, Gendarmerieschüler Billete verkaufen zu sehen. Die Streikenden empfanden das naturgemäß als unerhörte Einmischung der militärischen Gewalt in rein wirtschaftliche Kämpfe und setzten sich zur Wehr. Sie suchten die Ausfahrt der Wagen zu verhindern. Die Bevölkerung nahm in ihrer großen Mehrheit, so berichtet im „Journal d' Alsace-Lorraine" (Nr. 194 vom 25. Juli) L. Minck, der fanatisch deutsch-feindliche Chefredakteur des Blattes, „gegen den Militarismus" Partei und drückte den Streikenden durch Wort und Tat ihre Sympathie aus.

„Es sind von deutscher Seite in den 48 Jahre deutscher Herrschaft nicht so viele Beleidigungen und Gewaltsamkeiten gesagt und begangen worden, als an dem 27. Juli seitens der Offiziere der grande nation," so berichtet ein Elsässer und fährt fort: „Es scheint gerade so, als ob man uns zu vernichten beabsichtige, Schmach und Schande auf das Haupt der Nachkommen von 1789."

Und die „Freie Presse“, das zahmgewordene Blatt des Bourgeoissozialistischen Peirotes, schreibt in ihrer Nr. 168 vom 25. Juli unter dem Titel: „Ein dunkler Tag in Straßburgs Geschichte“:

„Die Armee im Rücken der Streikenden! Die Armee gegen das Volk! Der Soldat beherrscht die Straße! — —“

„Jeder Soldat, der sich außerdienstlich mit ebenso viel oder ebenso wenig Recht wie die Bürger auf der Straße befand, hat sich angemaßt, die Zivilisten zu verhöhnen, zu beleidigen, zu mißhandeln oder zu verhaften. Daß er hierbei von einem Teil unserer Chauvinisten dazu angespornt wurde, wollen wir nur nebenbei bemerken. In ganz unverantwortlicher Weise wurde sogar versucht, den Soldaten einzureden, es handle sich um einen politischen Streik oder um einen Revolutionsversuch.“

„Wir sehen sie heute an der Seite des Kapitals zur gewaltsamen Unterdrückung eines rein wirtschaftlichen Streiks. Wir haben eine Enttäuschung mehr erlebt, es wird die letzte nicht sein.“

„Die Erregung der Bevölkerung war denn auch eine große; sie stieg zur Erbitterung, als man mit Hilfe der Schwarzen versuchte, die Menge zu Paaren zu treiben.“

Natürlich ist die franzosenfreundliche Presse gleich bei der Hand, die im Lande zurückgebliebenen Altdeutschen als die Schuldigen zu denunzieren, um der Bewegung den elsässischen Charakter zu nehmen.

„Der Streik ist beendet, aber er hat uns eins klar gemacht, bei dem unsere Arbeit neu beginnen muß: Straßburg wird nicht fertig mit dem deutschen Element, das noch in ihm sitzt. Kenner schätzen, daß wir noch etwa 30 000 Deutsche in Straßburg haben, offensichtlich sind wir nicht einmal imstande, ihren Einfluß zu neutralisieren. Wir können für heute nicht mehr tun, als die Regierung auf diese unbestreitbare Tatsache aufmerksam zu machen. Sie hat zunächst das Wort.“

So schreibt der edle Charles Frey in seiner Straßburger „Neuen Zeitung“, ohne daß ihm die Röte der Scham beim Gebrauch seiner deutschen Muttersprache aufsteigt, deren er sich bedienen muß, um seinen Lesern verständlich zu sein. Eine neue Deutschenhetze also soll entfacht werden, um die Legende von der Gesinnungstreue der Elsässer Frankreichs gegenüber noch ein Weilchen aufrechterhalten zu können.

Diesmal ist das in französischer Sprache erscheinende „Journal d'Alsace et de Lorraine“, dessen Ergebenheit für Frankreich über alle Zweifel erhaben ist, ehrlicher. L. Minck schreibt in Nr. 194 vom 25. Juli:

„Die Ergebnisse des ersten militärischen Einschreitens sind nicht gerade glänzend; es wäre besser gewesen, es hätte niemals stattgefunden. Zu behaupten, der Streik sei von den Deutschen organisiert, ist zu viel gesagt. Sicherlich gibt es unter dem Trambahnpersonal eine Anzahl Deutscher; es waren auch viele Deutsche auf der Straße und besonders an den Stellen, wo die Zwischenfälle geschahen . . Aber zu behaupten, die Elsässer seien nur das Spielzeug der Deutschen, das geht nicht an; es wäre recht oberflächlich, den Einfluß der „boches“ auch da zu sehen, wo es sich um einen Mißgriff oder um die Unzufriedenheit der Bevölkerung handelt.“

L. Minck schließt mit den in seinem Munde besonders bedeutsamen Worten: „Ereignisse, wie diese, dürfen nicht mehr vorkommen; das Elsaß und vor allem das französische Vaterland hätten den Schaden davon.“ —

Deutschland hat Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten müssen, ohne daß eine Volksabstimmung veranstaltet wurde, die französische Legende hat so vorerst gesiegt; aber die Gegensätze zwischen dem elsässischen und dem französischen Wesen sind so groß, daß die Entwicklung uns Recht geben wird. Elsaß-Lothringen wird nicht zur Ruhe kommen, so lange die Franzosen es als französisches Land betrachten und die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer Herrschaft machen. („D. Allg. Ztg.“)

Die Reichsverfassung in Kraft.

Unverzügliche Vereidigung der Beamten und des Heeres.

Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die neue Verfassung des Deutschen Reiches, die damit am 13. August 1919 in Kraft getreten ist.

Die ersten Folgerungen hieraus hat der Reichspräsident sofort gezogen, indem er den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Gustav Bauer, zum Reichskanzler ernannt hat. Die Ernennung erfolgte auf Grund des Artikels 53 der Verfassung. Dieser lautet:

„Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.“

Die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, deren wichtigste Aufgabe nunmehr erledigt ist, führt von jetzt an die Bezeichnung „Reichstag“ und die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatenausschuß, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der „Reichsrat“ getreten.

Gleichzeitig hat der Präsident eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reiches und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

Die neuen Eidesformeln.

Die Verordnung über die Vereidigung der öffentlichen Beamten lautet:

Auf Grund des Artikels 176 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 wird verordnet:

Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind unverzüglich auf die Verfassung des Deutschen Reiches zu vereidigen, und zwar leisten

1. Die Reichsbeamten den Eid:
   „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“
2. Alle übrigen öffentlichen Beamten den Eid:
   „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung.“
3. Die Angehörigen der Wehrmacht den Eid:
   „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.“

In gleicher Weise sind künftig alle neuernannten öffentlichen Beamten und alle Angehörigen der Wehrmacht vor dem Dienstantritt zu vereidigen.“

Kriegsanleihe und Vermögensopfer.

Die große Vermögensabgabe kommt den Kriegsanleihebesitzern wieder zustatten, direkt und indirekt. Direkt werden sie Nutzen aus der Vermögensabgabe insofern ziehen, als sie im Falle der Steuerpflicht mit der Kriegsanleihe bezahlen können. Haben sie die Anleihe durch Zeichnung selbst erworben, so können sie dieselbe bis zum 31. Dezember 1920 zum Nennwert bei der Steuerzahlung benutzen. Die vierprozentigen Schatzanweisungen werden zu einem vom Reichsminister der Finanzen festzusetzenden Kurs an Zahlungs Statt angenommen. Als selbst gezeichnet gelten die Schuldverschreibungen und Schuldforderungen und Schatzanweisungen, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau infolge einer Zeichnung von Kriegsanleihe erworben hat oder die aus dem Nachlaß eines Verstorbenen geerbt wurden oder die der Inhaber von einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung als deren Gesellschafter empfangen hat. Voraussetzung ist, daß der Erblasser oder die Gesellschaft diese Schuldverschreibungen, Schuldforderungen und Schatzanweisungen durch Zeichnung erworben haben. Ganz gerecht! Andere Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen werden zu dem für den 1. Januar 1920 festgestellten Steuerkurs übernommen. Dieser Unterschied zwischen denjenigen, welche Kriegsanleihe selbst gezeichnet haben, und jenen, die sie erst später erworben haben, ist völlig gerechtfertigt. Wenn ein solcher Unterschied nicht gemacht würde, so würden jene Spekulanten, welche in der Zeit des Tiefstandes des Kriegsanleihekurses solche gekauft haben, einen außerordentlich hohen Gewinn durch das Reich erhalten. Das darf nicht sein. Auch hier zeigt sich die soziale Durchbauung des ganzen Gesetzes.

Indirekt aber ist die Wirkung für die Kriegsanleihebesitzer noch viel größer. Werden die Reichsfinanzen saniert, wieder in Ordnung gebracht, und das wird geschehen, wenn in so großzügiger Weise, wie es jetzt geplant ist, gearbeitet wird, dann ist den Kriegsanleihebesitzern jede Sorge um ihre Anleihestücke behoben. Es hatten doch gar manche, besonders kleinere Leute, schon Sorge, daß die Anleihe doch schließlich annulliert, für nichtig erklärt werden könnte. Diese Gefahr ist gänzlich ausgeschlossen dadurch, daß jetzt dem Reich wieder zahlreiche neue laufende und einmalige Einnahmen zugeführt werden.

Die Unsicherheit der Geldverhältnisse und die ganze Unsicherheit bezüglich der Zukunft hat in der letzten Zeit zu einem außerordentlichen Niedergang des Kurses der Kriegsanleihe geführt. Nun aber wird sich der Kurs, wie auch der Reichsfinanzminister in der Nationalversammlung ausführte, aller Voraussicht nach wieder heben. Die Angstverkäufe werden verschwinden. Zu gleicher Zeit kann das Reich, wenn es auch später noch Kriegsanleihe annehmen will, auf solche Weise einen außerordentlichen Einfluß auf die Kursgestaltung der Anleihe ausüben. Es ist hier das beste Mittel einer großzügigen Kurspolitik gegeben. Sind die Reichsfinanzen einmal wieder in Ordnung gebracht, so wird sich die Anleihe rasch wieder heben und dürfte auch dem Parikstand, dem Vollwertstand, sich entgegen entwickeln. Damit wird dann ein großer Teil des heute vernichteten Kurswertes wieder eingeholt werden. Das große Vermögensopfer lohnt sich zum Teil wieder in sich selbst.

Der künftige Finanzbedarf des Reiches.

Schuldendienst und Hinterbliebenenfürsorge.

Unter dem Titel: „Der zukünftige Finanzbedarf des Reiches und seine Deckung“ ist der Nationalversammlung vom Reichsfinanzministerium ein Nachtrag zur Denkschrift über die Finanzen des Deutschen Reiches in den Rechnungsjahren 1916 bis 1918 überreicht worden.

Nach den vorläufigen Veranschlagungen kann das Ausmaß des finanziellen Bedarfs von Reich, Staat und Gemeinden wie folgt geschätzt werden: Reichsbedarf 17,5 Milliarden, Einzelstaaten und Gemeinden 6,5 Milliarden, zusammen 24 Milliarden Mark. Der Reichsbedarf von 17,5 Milliarden Mark wird von den beiden Ausgabeposten Schuldendienst und Hinterbliebenenfürsorge ent-

Eine heilige christliche Kirche, die Gemeine der Heiligen.

Von Rektor Beckmann, Bielefeld.

(Schluß.)

Zur christlichen Kirche gehören alle Menschen, die in Christi Namen getauft sind. Jedoch nicht alle sind wahre Christen, die unter der Herrschaft Jesu stehen. In der sichtbaren Kirche ist es so, wie es der Herr im Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen lehrt. Was der Herr hier Weizen nennt, das bezeichnet das Apostolikum mit Gemeine der Heiligen. Mit den Heiligen sind diejenigen gemeint, die durch die Kraft von oben zum Glauben an Jesus Christus gekommen sind und den Erlöser ihren Herrn nennen. Ihnen gilt das Wort des Apostels Paulus 1. Kor. 6, 11: „Ihr seid abgewaschen, ihr seid geheiligt“. Zur Gemeinde der Heiligen gehört jeder, der in Wahrheit singen kann: „Die höchste Gerechtigkeit ist mir erworben, da du bist am Stamme des Kreuzes gestorben; die Kleider des Heils ich da habe erlangt, worinnen mein Glaube in Ewigkeit prangt.“ Wohl uns, wenn wir zur Gemeine der Heiligen oder der Gläubigen, wenn wir zur unsichtbaren Kirche gerechnet werden.

Seit einigen Jahren werden heftige Kämpfe um die Kirche geführt. Das bekannte Schlagwort: „Religion ist Privatsache“ richtet sich hauptsächlich gegen die Organisation der sichtbaren Kirche. Gewiß enthält das Wort: „Religion ist Privatsache“ eine tiefe Wahrheit. Gott der Herr läßt durch den Mund des alttestamentlichen Propheten die Klage laut werden: „Dies Volk naht sich zu mir mit seinem Munde und ehrt mich mit seinen Lippen; aber ihr Herz ist ferne von mir“. Da war die Religion nicht zur Privatsache geworden. Es war nur eine ererbte und eine angeborene Religion. Wahre Religion ist die allerpersönlichste Angelegenheit, die den Menschen innerlich erquickt, aufrichtet, stärkt und reinigt. Der Kampf, den die Propheten, den Christus und Luther geführt haben, richtete sich gegen diejenigen, denen die Gottesverehrung keine Herzenssache war. Die christliche Religion ist aber ebenso sehr Sache der Gemeinschaft. Das Evangelium von Jesus muß gepredigt werden; der Herr hat es befohlen. Das ist ohne Organisation, ohne Kirchenbildung nicht möglich. Ohne Kirchengemeinde, ohne eine größere Kirchengemeinschaft kann auch heute keine äußere Mission getrieben werden. Außerdem war die Kirchenbildung deshalb nötig, weil das Christentum die Religion der Liebe ist. Das Doppelgebot der Liebe: „Du sollst Gott lieben über alles und deinen Nächsten wie dich selbst“, kann nur in der Gemeinschaft recht erfüllt werden. Die Liebe zu Gott findet ihren lebhaften Ausdruck im gemeinsamen Beten, Loben und Danken. Als der Glaube an Jesus bei den ersten Christen zu einer Angelegenheit wurde, die sie persönlich anging, da blieben sie in der Apostel Lehre, in der Gemeinschaft, im Brotbrechen und im Gebet, damit bildete sich die erste Kirchengemeinde. In ihr wurde die dienende Liebe geübt. Das persönliche Leben des einzelnen Menschen muß verkümmern, wenn er sich von der Gemeinschaft trennt. So entartete auch das religiöse Leben der Einsiedler, denen die Religion nur Privatsache war. Gerade durch den lebendigen Austausch mit dem persönlichen Leben anderer kann sich der Mensch am besten zu einer christlichen Persönlichkeit entwickeln. Religion ist Privatsache, sie muß zugleich Volkssache sein; aber ohne die Kirche würde das religiöse Leben verkümmern. Unsere Kirche muß bleiben und wird bleiben; aber wir wollen keine Staatskirche, (auch keine Pastorenkirche), sondern eine freie Volkskirche, unter dem Schutze des Staates, damit die Sonne des Evangeliums von Jesus Christus ungehindert scheinen kann in unser Volksleben, in die Schule und in die Kinderstube. Nur so kann unser deutsches Volk aus dem erschrecklichen Abgrunde wieder in die Höhe geführt werden.

Gott der Herr wolle Dr. Martin Luthers Gebet auch jetzt erhören:

Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort
Und steu'r der Feinde List und Mord,
Die Jesum Christum, deinem Sohn,
Wollen stürzen von seinem Thron.

Beweis dein' Macht, Herr Jesus Christ,
Der du Herr aller Herren bist;
Beschirm dein arme Christerheit.
Daß sie dich lob in Ewigkeit.

Gott heil'ger Geist, du Tröster wert,
Gib dein'm Volk einerlei Sinn auf Erd;
Steh bei uns in der letzten Not,
Gleit uns ins Leben aus dem Tod.

Die sterbenden Balten.

In erschütternden Bildern schildert Else Frobenius im „Tag“ die Leiden der von ihrem Volke preisgegebenen deutschen Balten. Weil sie diesem Volke unter Aufopferung ihrer selbst die Treue hielten, darum werden sie nun mit allen Höllenqualen gepeinigt, darum müssen sie sterben. Dennoch sagte ein Bolschewist: „Diese Deutschen sind nicht tot zu machen. Man nimmt ihnen all ihr Feld, ihre Möbel und Kleider; man läßt sie hungern, kerkert sie ein und richtet sie hin. Aber ich habe noch keinen gesehen, der klagte oder um Gnade bat.“

Sie wußten zu sterben, diese Edelleute, von der ganzen demokratischen Welt gehaßt und begeifert; gleich jenen französischen Aristokraten, die während der großen Revolution mit soviel Grazie das Schaffot bestiegen. Diese bekenntnistreuen Geistlichen, die seit Jahrhunderten dem Lande gepredigt, und die hanseatischen Bürger die ihr Leben lang vor niemand den Rücken gebeugt hatten

Wieviele mußten sich selbst ihr Grab graben! Am Rande des Grabes stehend, ihrer Kleider beraubt, mußten sie auf den Todesschuß warten; der ihnen oft von den Weibern gegeben ward. Dann stürzte man sie in das offene Grab, zuweilen während sie sich noch bewegten.

Wieviele holten sich in schwerer Arbeit den Tod! Mit dünnen Kitteln bekleidet, in schlechten Schuhen, mußten sie in der Winterkälte Müll abfahren, Kloaken reinigen, Gräber graben und niedrigste Arbeit tun. Man spannte sie vor schwere Karren und ließ sie Lasten durch die Straßen ziehen.

Und dennoch: Ein Geistiges erstand in ihnen, das größer war als alle Leiden. Eine Loslösung von Irdischen, eine Steigerung des Lebens ins Große, Wesentliche. „Die Zeit im Gefängnis war entsetzlich; aber sie brachte uns eine innere Gehobenheit und Stille, die wir nie missen wollen“, sagen heute viele. Sie waren wie Brüder und Schwestern im starken Gefühl innerer Gemeinschaft, das sie alle beseelte. Sie sangen geistliche Lieder und pflegten ihre Leidensgenossen. Junge Mädchen gingen leise singend in den Tod. Sie fühlten die Nähe Gottes.

scheidend beherrscht, aber auch die Ausgaben für das Heer und die Zivilverwaltung werden eine ansehnliche Höhe erreichen. Für das Rechnungsjahr 1919 ist ein Fehlbetrag von 7 Milliarden Mark veranschlagt.

Zur teilweisen Deckung dieses Fehlbetrages brachte die Reichsregierung im Juli 1919 in der Nationalversammlung eine erste Steuervorlage ein. Das Gesamtergebnis dieser im Juli vorgelegten Steuerentwürfe wird auf 1,2 Milliarden geschätzt.

Bisher stehen dem Reiche folgende Erträgnisse aus laufenden Steuern zur Verfügung: 1,767 Milliarden Mark aus laufenden Steueraufkommen vor dem Kriege. 4,036 Milliarden Mark für Steuermehraufkommen aus laufenden und neu eingerichteten Steuern im Kriege, 1,2 Milliarden Mark aus laufenden Steueraufkommen aus der ersten Steuervorlage nach dem Kriege (Juli 1919), das macht zusammen sieben Milliarden Mark. Hinzu kommen 600 Millionen Mark aus Zinsersparnis aus den Aufkommen der der Nationalversammlung vorgelegten Kriegssteuern. Die Erträgnisse aus den Steuern werden erheblich beeinflußt durch die wirtschaftlichen Erscheinungen in Deutschland und insbesondere auch dadurch, daß sie als Schätzungsgrundlage nicht mehr das alte Reichsgebiet haben. Durch den Verlust an steuerleistungsfähigen Landesteilen in Ost und West sowie im Norden, der durch den Friedensvertrag erfolgen werde, dürfte in den Steuereinnahmen ein Ausfall von zehn Prozent entstehen. Die Reichsfinanzverwaltung glaubt aber, annehmen zu können, daß es möglich sei, diesen Verlust durch eine Umgestaltung der Steuerverwaltung auszugleichen.

Unter Vorbehalt der erwähnten Einschränkungen beträgt das Aufkommen an Reichssteuern gemäß der obigen Aufstellung 7,6 Milliarden Mark. Diesem Aufkommen steht — ohne Berücksichtigung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen — ein eigener Reichsbedarf von rund 17,5 Milliarden Mark gegenüber. Der Fehlbetrag erreicht demnach 10 Milliarden Mark. Er kann eine erste Ermäßigung durch zwei Faktoren erfahren: 1) durch die Erträgnisse aus der Vermögensabgabe, die mit 2,5 bis 3 Milliarden veranschlagt werden, 2) durch den Ertrag aus der ausgebauten Umsatzsteuer, die einen Mehrerlös von 3 Milliarden erbringen soll. Beide Steuern würden danach zusammen 5,5 bis 6 Milliarden Zuwachs ergeben und das Defizit für das Reich von 10 auf 4,5 bis 4 Milliarden mildern.

Zu beachten ist, daß daneben der gegen den Frieden um rund 3 Milliarden gestiegene Bedarf der Länder und Gemeinden zu decken ist. Für diesen ganzen Mehrbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden wird der Ausbau des bisherigen Steuersystems — Ausnutzung der Steigerungsfähigkeit vorhandener Steuern, Einführung weiterer Verkehrs- und Verbrauchsbelastungen — nicht ausreichen. Es bedarf einer neuen grundlegenden Aenderung des bisherigen Systems durch Einführung einer umfassenden, stark gegliederten, sozial ausgestalteten Reichseinkommensteuer.

Die Lage in Ungarn.

Ein neues Koalitionsministerium?

Die Bildung des neuen Kabinetts begegnet großen Schwierigkeiten. Die Verteilung der Ministerposten soll derart geschehen, daß Martin Lovaszy den Vorsitz im Kabinett übernimmt. Weiter werden genannt Graf Julius Andrassy als Außenminister, General Stefan Friedrich als Kriegsminister, der Sozialist Garami als Handelsminister und Stefan Szabo als Ackerbauminister. Des weiteren sollen dem neuen Kabinett noch Julius Peidl als Wohlfahrtsminister und Karl Huszar als Unterrichtsminister angehören.

In der neuen Regierung sind die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten ziemlich gleichmäßig vertreten. Die Ernennung Szabos zum Ackerbauminister ist ein Zugeständnis an die kleinen Landwirte und Bauern. Ueberraschend kommt die Ernennung des Grafen Julius Andrassy zum Außenminister; ausschlaggebend für diese Wahl waren die Fachkenntnisse und die guten politischen Beziehungen des Grafen. Die Szegediner Gegenregierung ist im neuen Kabinett nicht vertreten, weil die Sozialisten, vor allem Garami die Zusammenarbeit mit den reaktionären Gruppen ablehnten. Hingegen ist den Vertretern der Szegediner Gegenregierung mit Horthys Ernennung das Armeeoberkommando gesichert worden.

Die Entente gegen die Habsburger.

Der Wiener „Neue Tag" stellt nach Mitteilungen, die er bei den Wiener maßgebenden Ententestellen eingezogen hat, fest, daß alle Ententemächte sich gegen das Bemühen, die Monarchie in Ungarn wieder einzuführen, durchaus ablehnend verhalten. Keiner der Ententestaaten beabsichtigt, eine Wiederherstellung der habsburgischen Dynastie in Ungarn zu unterstützen. Die Entente wird festhalten an dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns und es niemals unterlassen, ihre Abneigung gegen die Wiederherstellung der Monarchie zum Ausdruck zu bringen.

Die Antwort Rumäniens.

Dem Obersten Rat der Alliierten wurde durch die Mitglieder der rumänischen Friedensdelegation Mischu und Vajda die Antwort der rumänischen Regierung auf die Noten der Friedenskonferenz über Ungarn vorgelegt. Hierauf vertagte sich der Rat auf Montag — Aus dem Beschluß der halbwöchigen Vertagung — innerhalb deren die von Rumänien den Ungarn gestellte Frist abläuft — ergibt sich, daß die Entente durch die Antwort Rumäniens befriedigt ist

Wiederherstellung der Ordnung in Westungarn.

Aus Westungarn eingetroffene Nachrichten besagen, daß sich die Bauernschaft mit Begeisterung um den Obersten Lehar schart, einen Bruder des Komponisten, der das Kommando in Westungarn übernommen hat und mit einer kleinen, gutdisziplinierten Armee Ordnung schafft, Pogrome der Kommunisten verhütet und allenthalben als Erlöser gepriesen wird. Graf Anton Sigray, der bekannte Sportsmann, eines der Häupter der bisherigen gegenrevolutionären Gruppe, wurde zu seinem Adjutanten ernannt.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 13. August.

Die erste Lesung des Reichsnotopfers.

In der allgemeinen Aussprache über das Reichsnotopfer forderte der Abg. Kraut (Dnatl.) eine Gesamtübersicht über den Steuerbedarf, nicht nur des Reiches, sondern auch der Länder und der Kommunen. Solange man nicht ganz genau weiß, welche Gesamtforderungen uns die Entente auferlege, müsse man erhebliche Bedenken tragen, durch ein solches neues Steuersystem dem Feinde Unterlagen für die Erhebung neuer Ansprüche zu liefern, müsse man sich hüten ihm einen Teil unseres Vermögens auf dem Präsentierteller entgegenzubringen. Mit dem Grundgedanken der Reichsabgabenordnung, der Herbeiführung einer Vereinheitlichung der Steuerveranlagung und -erhebung erklärte sich der Redner namens seiner Partei einverstanden, äußerte aber Bedenken dagegen, daß dadurch eine Machtvollkommenheit in die Hände des Reichsfinanzministers gelegt werde, wie sie kaum je ein Diktator gehabt habe.

Nach dem Unabhängigen Wurm, der die beste Finanzreform in der Enteignung der Produktionsmittel sah, kam der ehemalige hessische Finanzminister Dr. Becker (D. Vp.) zu Wort. Er vermißte eine Uebersicht über die Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte, ferner eine Uebersicht über den Erlös aus altem Heeresmaterial und über die Verluste, die infolge Diebstahls entstanden sind. Vor allen Dingen aber vermißte der Redner die Angaben darüber, welche finanziellen Opfer dem Reiche aus dem Friedensvertrage erwachsen werden.

Nachdem von jeder Partei ein Redner gesprochen hatte, konnte Finanzminister Erzberger mit Genugtuung feststellen, daß bei der übergroßen Mehrheit des Hauses der äußerst scharfe Wille vorhanden ist, an der Gesundung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Einen abweichenden Standpunkt haben nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke eingenommen. Eine geordnete Etatswirtschaft solle vom 1. Oktober ab eintreten. Die Abrechnung über die Ausgaben der A.- und S.-Räte hofft der Minister dem Haus im Herbst abgeschlossen vorlegen zu können. Der beste Beweis, daß die Sätze des Reichsnotopfers nicht zu hoch sind, sei wohl die Tatsache, daß nach ihrem Bekanntwerden an der Berliner Börse sofort eine Hausse eingesetzt habe.

Abg. Waldstein (Dem.) ging mit dem Entwurf der Umsatzsteuer ins Gericht, in der er eine schwere Belastung unseres wirtschaftlichen Lebens sieht.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

— Weimar, 14. August.

In der fortgesetzten Beratung über die Steuervorlagen erklärte Abg. Burlage (Zent.): Die Umsatzsteuervorlage ist ein kühner Entwurf, ja vielleicht ein verfehlter Entwurf. (Hört! hört!) rechts.) Ein Entwurf mit so hohen Steuern ist noch keiner gesetzgebenden Körperschaft vorgelegt worden. Wenn man ihre tiefeinschneidenden Wirkungen auf unser Wirtschaftsleben auch nicht so grau in grau auszumalen braucht wie gestern der Unabhängige Wurm, so muß man doch von sozialen Gesichtspunkten ganz erhebliche Einwendungen gegen ihn machen: die Unbilligkeit, in der indirekte Steuern wirken, verdoppelt sich bei kinderreichen Familien. Meine Fraktion hat mich beauftragt, zu erklären, daß für diese in irgend einer Form ein Ausgleich gefunden werden muß. Es ist begreiflich, daß die Linke Vorsicht gegenüber der Umsatzsteuer übt, auch weil sie das kapitalisierte Vermögen des Reiches nicht erfaßt und die Gefahr ihrer Umgehung sehr groß ist.

Die indirekten Steuern haben auch eine Lichtseite. Sie wirken angenehmer, weil man es ja selbst in der Hand hat, wann man sie bezahlen will. Von den Luxussteuern versprechen wir uns auch volkserzieherische Wirkung. Sie können dazu führen, daß wir wieder ein schlichtes Volk werden. Wenn man

männliche und weibliche Modefatzken

in Berlin aber auch in kleineren Städten herumlaufen sieht, so drängt sich einem der durchaus vernünftige Gedanke auf, wenn ihr so umherspazieren wollt, dann sollt ihr auch dafür Steuern bezahlen. (Heiterkeit.) Wir werden im Ausschuß versuchen, den Entwurf in allen Einzelheiten noch anders zu gestalten.

Abg. Dr. Mumm (Dnatl.): Nachdem das deutsche Volk nach dem Worte des englischen Generals sein Heer von hinten erdolcht hat und durch die fortdauernde Illusionspolitik wehrlos gemacht worden ist, ist es klar, daß wir die schweren Folgen davon tragen müssen. Wir Deutschnationalen sind willens, dem Reich das Seine zu geben, halten es aber für notwendig, wo es nötig ist, auch mit indirekten Steuern. Wer uns Steuerscheu vorwirft, verleumdet uns. Der Reichsfinanzminister hat in einer Art geantwortet, die an ihm sattsam bekannt ist. (Sehr richtig! rechts.) Er hat uns ausdrücklich ausgenommen, als wenn wir nicht mitarbeiteten. Alle Fraktionen werden uns das Gegenteil bezeugen.

Wenn der Minister uns als Partei seine Verachtung ausdrückt, so ist das ein Scheltwort, das bisher in diesem Hause nicht üblich war. (Sehr richtig rechts und Unruhe.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Herren von der Rechten sind von einer furchtbaren Empfindlichkeit. Für sich verlangen sie Schimpf- und Lügenfreiheit (Sturm der Entrüstung rechts und großer Lärm). Wenn ein Minister antwortete, sind sie wie schalenlose Eier (Erneuter Sturm auf der Rechten). Ich weiß es längst, daß die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei gute Lungen haben. (Vizepräsident Haußmann erklärt den Ausdruck Lügenfreiheit für unzulässig.) Die deutschnationale Partei stimmt gegen grundlegende Gesetze, welche zum deutschen Wiederaufbau nötig sind. (Die Unruhe und der Lärm auf der Rechten dauern an.) Wenn Sie sich darüber beschweren, daß ich Sie anschaue, kann ich Ihnen auch den Rücken wenden. (Der Minister tut das unter stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses.) Wenn Sie glauben, daß gegenüber einer solchen Kampfansage die Regierung wie stumme Hunde dastehen wird, dann täuschen Sie sich. Wir würden als Reichsminister unserer Pflicht, die Verfassung zu verteidigen, nicht gerecht werden, wenn wir den Kampf nicht mit allen Mitteln aufnehmen würden. Die Partei habe ich nicht beschimpft. Der Haß der Deutschnationalen gegen mich ist sehr groß. (Rufe rechts: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Das Maß meiner Verachtung, das ich diesem Treiben entgegenbringe, ist noch größer.

Dann hatte der Abg. Mumm versucht, einen Riß zu machen zwischen dem Zentrum und dem Reichsfinanzminister Erzberger. Ob gerade Herr Mumm die nötigen politischen Reize besitzt, um das Zentrum zur Sünde zu verführen (Große Heiterkeit) weiß ich nicht. Jedenfalls will ich Herrn Mumm erklären: Der Herr Finanzminister Erzberger bleibt in seinem Amte, so lange er das Vertrauen der Mehrheit hat, und dafür ist in erster Linie entscheidend das Vertrauen seiner eigenen politischen Freunde. (Lebhafter Beifall.)

Deutsches Reich.

— Berlin, den 14. August 1919.

— 62 deutsche Vertreter der fünf nördlichen Kreise Schleswigs beschlossen, daß die Deutschen im ganzen Abstimmungsgebiet auf schärfster Aufrechterhaltung des Protestes gegen die Vergewaltigung durch die Art der Abstimmung bestehen sollen.

— Als endgültiger Termin für die Uebernahme der bayerischen Staatseisenbahn durch das Reich ist der 1. April 1921 festgesetzt worden. Die Entscheidung über die Höhe des Kaufpreises und die Festsetzung der sonstigen Bedingungen des Uebernahmevertrages obliegt der Entscheidung durch den Staatsgerichtshof.

— Der Wahlprüfungsausschuß der Nationalversammlung hat beschlossen, die Wahl des Unabhängigen Simon-Franken als ungültig zu erklären und den von ihm bisher innegehabten Sitz den Mehrheitssozialisten zuzusprechen.

•

:: **Maßnahmen gegen die Kapitalsflucht.** Im Ausschuß zur Beratung des Gesetzes über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung wurde auf Antrag des Dr. Braun (Soz.) ein neuer § 9 angenommen, in dem das Reichsfinanzministerium ermächtigt wird, durch Verordnung alle Maßnahmen zur steuerlichen Erfassung geflüchteten oder versteckten Vermögens zu treffen, den Aufruf und die Einziehung der umlaufenden Banknoten und Darlehnskassenscheine zum Zweck des Umtausches anzuordnen und Zuwiderhandlungen gegen seine Anordnung mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit einer dieser Strafen sowie mit der Verfallserklärung des verheimlichten Vermögens zugunsten des Reiches zu bedrohen. Der Reichsminister der Finanzen ist ferner ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister durch Verordnung Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Banken zu erlassen, und Banken, die keine Gewähr für die Innehaltung dieser Vorschriften bieten, den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Dieses Gesetz soll mit dem auf seine Verkündigung folgenden Tage in Kraft und mit dem 1. Oktober 1920 außer Kraft treten.

:: **Deutschlands Kraft für zwei Generationen gebrochen.** Die britische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch das Gutachten einer britischen Kommission, die die Lage in Deutschland geprüft hat. Die Kommission schlußfolgert, daß es zwei Generationen dauern wird, bis das deutsche Volk seine frühere Tat- und Arbeitskraft wieder erlangt haben wird. Jedenfalls kann es auf längere Zeit keine Bedrohung für die Ruhe Europas bilden. Es braucht sofort Nahrung für seine Arbeiter, Futter und Dünger für den Ackerbau, Rohmaterialien für die Industrie, aber wenn auch die Entente dieses zur Verfügung stellen kann, wird es noch Jahre dauern, ehe die frühere Wohlfahrt zurückgekehrt sein wird.

:: **Die Auslieferungsfrage.** Im belgischen Senat beantwortete der frühere Vorsitzende der sozialistischen Internationale Justizminister Vandervelde eine Interpellation über die Bestrafung Schuldiger, deren Auslieferung von Deutschland verlangt werden soll. Vandervelde sagte, demnächst werde in Paris eine Vereinigung von Delegierten der alliierten Staaten stattfinden, die die Akten zu prüfen hätten, und die Art des Vorgehens festsetzen würden. Belgien habe eine Liste aufgestellt, die verhältnismäßig die längste sei. Alle schwer Schuldigen würden verfolgt. — Das führende englische Provinzblatt „Manchester Guardian" meldet, daß die britische Regierung nach wie vor entschlossen ist, das Verfahren gegen den vormaligen deutschen Kaiser einzuleiten und daß in London die für die Führung des Prozesses notwendigen Vorbereitungen getroffen werden.

:: **Die Ablieferung der Fischerei-Fahrzeuge.** In Versailles fand zwischen den deutschen Regierungsvertretern und Fischereisachverständigen und den Ententevertretern eine Besprechung über die Ablieferung der Fischereifahrzeuge statt. Deutscherseits wurde das Angebot gemacht, ein Viertel der nach dem Friedensvertrage abzuliefernden Fahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen 60 Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages zu übergeben und drei Viertel der abzuliefernden Fahrzeuge nach den Wünschen der Entente auf deutschen Werften neu zu bauen. Dieser Vorschlag habe für Deutschland den Vorteil, daß unsere Fischerei keine Unterbrechung zu erleiden braucht und biete der Entente den Vorteil, anstatt älterer, für sie unbrauchbarer Fahrzeuge moderne nach eigenen Angaben gebaute, zu erhalten. Der Vertreter Frankreichs fragte, ob Deutschland damit einverstanden wäre, daß die neu zu bauenden Schiffe insgesamt als Dampfer gebaut werden könnten. Der deutsche Vorsitzende sagte dies zu. Die Vertreter der Ententeregierungen erbaten schriftliche Uebergabe des deutschen Vorschläge. Daß dieser Vorschlag von der Entente, für die er so vorteilhaft ist, angenommen werden wird, ist nicht zweifelhaft.

:: **Staatsminister v. Rheinbaben gegen die Rheinische Republik.** Einer der erfahrenen Kenner der Rheinprovinz, der frühere Oberpräsident Staatsminister Freiherr v. Rheinbaben, wendet sich in einer Zuschrift an die „Düsseldorfer Nachrichten" unter dem Stichwort: „Wir wollen Preußen bleiben!" gegen den neuen Hauptagitationsausschuß der Anhänger der rheinischen Republik. Herr v. Rheinbaben hält es für die Pflicht derjenigen Kreise des Westens, die mit allem Nachdruck einer rheinischen Republik widerstreben, jetzt von neuem ihre Bedenken geltend zu machen. Dazu sagt er u. a. folgendes: Allzu lange

haben diese Kreise geschwiegen, und es ist in Weimar und Berlin die Auffassung hervorgetreten, als ob die Loslösungsbestrebungen der Rheinlande den Beifall von ganz Rheinland fänden, während die Düsseldorfer Verhandlungen klar ergeben, daß weiteste Kreise der Provinz sich diesem Gedanken mit aller Macht ihres Herzens widersetzen.

:: **Neue Umtriebe in der Pfalz.** Es mehren sich die Anzeichen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem neuen Putsch steht. Der bekannte Spartakist und Zuchthaussträfling Eggersdorf wird von den französischen Behörden zum Losschlagen ermuntert. Ein französischer Wagenpark und Waffen sind den Landauer Putschisten zur Verfügung gestellt worden. Eggersdorf und Haas gehen nun aufs ganze, und beabsichtigen in einer der nächsten Nächte, wenn kein Bürger und Arbeiter die Straße betreten darf, alle Regierungsstellen und Bezirksämter zu besetzen; sie fürchten bei längerem Zaudern die Konkurrenz der rheinischen und Dortenschen Republik.

:: **Revolutionäre Umtriebe in der bayerischen Bauernschaft.** In Niederbayern und der Oberpfalz ist von einigen Führern des Bauernbundes, die zur Räterepublik Beziehungen hatten, eine Bewegung ins Leben gerufen worden, deren Ziel auf eine Revolutionisierung der kleinen Bauernschaft gerichtet ist. In Versammlungen wird in verhetzenden Angriffen auf den Wucher und Betrug der Kreditgenossenschaften und Kommunalverbände hingewiesen und die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert. Die Gewinne des Zwischenhandels werden in der Form erhöhter Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die Bauern selbst in Anspruch genommen und im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung mit einem Lieferstreik gedroht. Mit dieser Forderung beschäftigte sich der bayerische Ministerrat und stellte fest, daß die Einführung der freien Wirtschaft in Bayern vorläufig unmöglich praktisch durchführbar sei, weil die Reichsregierung hinsichtlich der Kriegsernährung Wirtschaftszentrale ist und weil die Aufhebung der Zwangswirtschaft zur Zeit die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln aufs äußerste gefährden würde. Zu der Streikandrohung der Bauernschaft erklärt der Ministerrat, es gebricht der Regierung nicht an den nötigen Machtmitteln, um im Bedarfsfalle den von der Volksvertretung erlassenen Gesetzen unter allen Umständen Achtung und Geltung zu verschaffen.

Letzte Nachrichten.

Frankreich: Frankreichs Rechte am Rhein.

* Nach einer Pariser Havasmeldung hat die Kommission für auswärtige Angelegenheiten den Bericht Renould über die Klauseln des Friedensvertrages, die Elsaß-Lothringen und den Rhein betrifft, angehört. Danach wird die Rückgabe Elsaß-Lothringens schuldenfrei erfolgen. Frankreich wird ohne weiteres in das Recht eingesetzt, über die öffentlichen und privaten Besitze, darin einbegriffen die Eisenbahnen, verfügen können. Der Hafen von Kehl wird unter der Verwaltung eines Franzosen mit dem von Straßburg auf eine Dauer von 7 Jahren, die um 3 Jahre verlängert werden kann, vereinigt. Der Mannheimer Vertrag von 1886, der sich mit der Kontrolle der Rheinschiffahrt befaßt und der durch eine internationale Ueberwachungskommission einer Revision unterzogen werden soll, wird von einem französischen Abgeordneten überwacht werden. Frankreich wird eine Anzahl Schiffe halten und das Vorrecht haben, den Fluß zur Erzeugung von Motorkräften auszunützen, während dies auf dem deutschen Ufer nicht geschehen kann. Frankreich erklärt, daß es alle Stützpunkte nehme, die es nötig habe.

Die Kabinettsbildung in Ungarn.

Die Lage in Budapest ist zur Zeit noch ganz ungeklärt. Gerade dieser Umstand schließt nicht aus, daß in den nächsten Tagen unerwartete Ereignisse eintreten können. Nach der „Voss. Ztg." ist die Kabinettsbildung allerdings schon erfolgt. Das Blatt meldet:

In Budapest ist am Donnerstag das Kabinett neu gebildet worden. Es ist äußerst konservativ. Die Sozialdemokraten haben die Teilnahme gänzlich abgelehnt. Ministerpräsident bleibt Friedrich, Auswärtiges versieht Martin Lovaszy, Inneres Baron Perenyi Staatssekretär unter Tisza, Kultus Karl Huszar (christlich-sozial), Ackerbau Julius Rubinek (Großagrarier) Handel Franz Heinrich, Finanzen Lorand Hegedues Volkswohlfahrt Stefan Haller (christlich-sozial). Die Nationalversammlung wird in sechs Wochen einberufen.

Diese Meldung wird von anderer Seite vorläufig nicht bestätigt.

— Im englischen Unterhause teilte der Minister Churchill mit, daß über die Zurücksendung der deutschen Kriegsgefangenen durch den obersten alliierten Rat eine Entscheidung noch nicht getroffen sei.

— Das französische Kriegsschiff „Marseille" wird am 20. August nach Flensburg mit 900 Mann an Bord fahren. Die französische Besatzung in Nordschleswig während der Abstimmung ist 1100 Mann stark.

Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenkrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Das Evangelium den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Aus Cuxhaven, den Hauptrückkunftsort unserer nun wohl endlich heimkehrenden Kriegsgefangenen ergeht an uns die dringende Bitte, für die nötigen christlichen Schriften zu sorgen, die an die Heimkehrenden besonders gerichtet sind und ihnen ihre hohen Aufgaben ans Herz legen.

Wir haben diese Aufgabe übernommen und richten nun an alle unsere Missionsfreunde die herzliche Bitte, uns mitzuhelfen sie zu erfüllen, sodaß wir imstande sind jedem Heimkehrenden diese Schriften in die Hand zu geben.

Wir müssen dahin bemüht sein, die heimkehrenden Volksgenossen unter christlichen Einfluß zu bringen und ihnen von vornherein die Richtlinien zum Wiederaufbau unseres Volkes ans Herz zu legen, noch ehe sie unter den Einfluß der Volksverführer geraten.

Freiwillige Gaben bitten wir gefl. an unser Postscheckkonto Nr. 9201, Hamburg 11, einzahlen zu wollen. Gott wird's lohnen und unser Vaterland wird es ihnen danken. Eile tut not.

Der Vorstand der Mitternachtsmission E. V.
Hamburg 5, Alexanderstr. 21/23.
Adolf Müller, Missionsleiter. Pastor Prietsch, Vorsitzender.

Die Firma **Wilhelm Feldhoff** in Wesel, Hindenburgstrasse, verzeichnet in ihrem Lager erstklassige **Fahrräder und Nähmaschinen** in reicher Auswahl zu mäßigen Preisen, und steht bei **Reparaturen** sowie **Lieferung von Ersatzteilen** gern zu Diensten.

Fahrradhaus Biermann,
Herford, Gänsemarkt 7.
Fahrräder
mit In- und Auslandsgummi.
Decken, Schläuche, Zubehörteile. — Fernsprecher 426.


Schulhaus
Ev. Bildungsheim
Gadesberg a. Rh. und Herford a. d. Lieg
Gymnasium, Realgymnasium und Realschule mit Einjähr.-Berechtigung.
Internat in 20 Familienhäusern.
Direktor: Prof. O. Kühne in Gadesberg a. Rh.
Der Unterricht wird in beiden Anstalten, Gadesberg im besetzten, Herford im unbesetzten Gebiet, ohne Störung weitergeführt mit etwa 420 Schülern und 50 Lehrern und Erziehern.

Für einen größeren Haushalt, ca. 30 Pers., Knabenpensionat, wird ein gläubiges, tüchtiges
Fräulein
für sofort oder später als Stütze gesucht. Kochen und schneidern oder gut ausbessern erwünscht.
Frau Dir. Schmitz, Roßla a. Harz.

Eine Großglashandlung bittet bei Bedarf von
Fenster- und Spiegelglas
u. dergl.
um Offerten. Anfragen vermittelt der
„Christlich. Anzeiger"
Verlag A. W. Hyland, Dinslaken (Niederrhein).
Vertreter von „Aufwärts" und guten Buchhandlungen.

Ein christl. ges. Fräulein,
welches im Kochen erfahren ist, sucht **Evangel. Vereinshaus Wesel,** Feldstraße.

Eine Arbeitsgemeinschaft für den Missionsdienst
sucht für ihr Arbeiterheim Aufträge im **Einrahmen,** sowie **Besorgung von guten Bildern und Einkinden, gleichfalls Beschaffung von christl. Büchern.**
Aufträge sind zu richten an
Carl Söns,
Wesel-Lackhausen 27.

Wir empfehlen
feinste Lederglanz-Creme
in Dosen von 100 und 250 gr und größer. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bestellungen vermittelt der
„Christlich. Anzeiger"
Verlag A. W. Hyland, Dinslaken (Niederrhein).
Vertreter von „Aufwärts" und guten Buchhandlungen.

Ein fast neuer
Herren-Anzug
in der Schneiderei Bethel billig zu verkaufen.

Fr. Werpel. Herford

Bezugquelle sämtl. **Musikinstrumente** aller Art

Zerrissene Strümpfe,
Wolle, Baumwolle, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Gummiwaren!
Irrigatorschläuche
Luftkissen
Schwammbeutel
Spucknäpfe
Spuckflaschen
Zimmerklosetts
Bidets.
Felkehaus. W. Küper
Inh. **Alfred Küper,**
— Viktoriastraße 3a. —

Grippe, Lungenentzündung usw.
sind jetzt häufig die Ursachen von den allgemein verbreiteten Haarleiden. Darum ist es Ihr eigener Vorteil, wenn Sie das Leiden beseitigen wollen, eine
Ernst Weiss' Haarkur
durchzumachen, denn diese hat vielen zum Erfolg verholfen.
In Anwendung und Versand
Weiss' Haarpflege
Viktoriastrasse 10 Bielefeld Viktoriastrasse 10
Damenfrisieren, Ondulieren,
Kopfwäsche, Manikure etc.
Haarschmuck aller Art wird schnellstens repariert.
Werkstatt für jede Haararbeit.

....., den 5. August 1919.

Herrn Ernst Weiss
Bielefeld, Viktoriastraße 10.

Seit längerer Zeit litt ich an starkem Haarausfall und wäre meines Kopfhaares bald verlustig geworden, wenn ich nicht durch die hiesigen Tageszeitungen auf Ihre Spezialität Weiss' Haarkur aufmerksam geworden wäre. Ich entschloß mich zu einer Pflege **und konnte schon nach achttägiger Behandlung zu meiner Befriedigung feststellen,** daß die Schuppen entfernt und der Haarausfall nachließ. Der Haarwuchs stärkte sich daraufhin wieder und ich möchte jetzt nach beendigter Kur nicht versäumen, **Ihnen an dieser Stelle meinen besten Dank auszusprechen.**
Auch werde ich es nicht unterlassen, Ihre Weiss' Haarkur weiterhin mit gutem Gewissen zu empfehlen.
Hochachtungsvoll
(folgt Unterschrift).

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.
Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Neue Bücher.

Aus dem inwendigen Leben und seiner Vollendung. Eine Aufforderung zur Entscheidung. Zwölf Vorträge von D Traugott Hahn.
Mk. 6.—, geb. Mk. 8.—
Überall, wo diese aus reicher eigener Erfahrung schöpfenden Vorträge des aus seiner baltischen Heimat vertriebenen Verfassers gehalten wurden, fanden sie stärksten Widerhall. Es sind **Meisterstücke erwecklicher Vortragskunst.**

Wir Pastoren! Eine Gegenwartskritik und ein Zukunftsideal. Von Lic. Dr. H. Werdermann.
Kart. Mk. 5.—
Anregungen und Gedanken, aus deren Fülle und Tiefe jeder evangelische Geistliche, der den Erfordernissen der Zeit gerecht werden will, gern schöpfen wird.

Johann Heinrich Volkening. Ein christliches Lebens- und Zeitbild aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Von Kirchenrat D. August Rische.
Mk. 8.—, geb. Mk. 10.—
Eine ganz vorzügliche Biographie des Mannes, auf die die ganze spätere Entwicklung des Ravensberger Landes noch heute zurückweist.

Seine Beichte. Ein Lebensbild von Pfarrer Wilh. Brandt. Mit Buchschmuck von G. Wedepohl. 4. Aufl.
Geb. Mk. 7.50
Selten ist das ernste Problem des Kampfes mit der Sünde und nach der Sünde mit dem schuldbeladenen Gewissen so tief erfaßt und so herzergreifend dargestellt worden, wie hier. **Die edle Sprache des Buches ist von dichterischer Schönheit, die Darstellung von hinreißender Kraft.**

Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Beilage zum „Aufwärts“ Nr. 190 Ausgabe B

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 16. August 1919.

— **Christlicher Verein junger Männer.** In der Volkshalle (Papenmarkt) hält am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, Vereinssekretär Hexter einen Vortrag über das Thema: „Der Christ in seinem Beruf.“ Die Jugendabteilung versammelt sich um 1½ Uhr zu einer Wanderung zum Schöpkebad.

— **Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle.** In der nächsten Woche sind Sprechstunden in Brackwede im Vereinshaus am Dienstag von 12 bis 1½ Uhr; in Steinhagen bei Gastwirt Rikmeier am Mittwoch von 6½ bis 7½ Uhr; in Werther bei Gastwirt Eickhoff am Donnerstag von 9½ bis 10½ Uhr; in Spenge bei Gastwirt Sundermann am Mittwoch von 3½ bis 5½ Uhr; in der Geschäftsstelle in Bielefeld an der Bülowstraße täglich von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

— **Die Frühkartoffelversorgung in Westfalen.** Von der Provinzialkartoffelstelle der Provinz Westfalen in Münster wird geschrieben: Mit dem 1. Juli d. J. hat die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln eingesetzt. Durch Frühkartoffeln soll der Bedarf der Bevölkerung für die Zeit vom 20. Juli bis 13. September 1919 gedeckt werden. In jedem Kommunalverbande sind zur Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung für die vorgenannte Zeit 48 Pfund je Kopf in Ansatz gebracht. Die Kommunalverbände werden die Ausgabe einer Wochenkopfmenge von 5 Pfund anzustreben haben. Kann dieser Verbrauchssatz infolge zu schwacher Zufuhren nicht eingehalten werden, so können, wenn die Vorräte an ausländischen Kartoffeln erschöpft sind, für jedes Fehlpfund Kartoffeln 140 Gramm Kartoffeltrocknungserzeugnisse bei der Reichskartoffelstelle angefordert werden. — Der Provinz Westfalen ist zur Lieferung an die westfälischen Bedarfsstellen die Abgabe von 177 000 Zentnern Frühkartoffeln aufgegeben worden. Zugewiesen sind den westfälischen Bedarfsquellen überhaupt rund 1½ Millionen Zentner Frühkartoffeln, insbesondere aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover und aus Mecklenburg-Schwerin. Die Aufbringung und Ablieferung der in der Provinz Westfalen gewonnenen Kartoffeln an die Bedarfsquellen ist der Westfälischen Handelsgenossenschaft für Kartoffeln und sonstige Landesprodukte e. G. m. b. H. in Dortmund, Nordstraße 46, übertragen worden. Der Aufkauf erfolgt durch die Aufkäufer dieser Genossenschaft, denen von den zuständigen Landräten bezw. Oberbürgermeistern Erlaubnisscheine zur Vornahme der Aufkäufe ausgestellt werden. Der dem Erzeuger zu zahlende Preis beträgt für den Monat Juli 12 ℳ, und für den Monat August für die Zeit vom 1. bis 15. 10 ℳ, später 8 ℳ. — Zur Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung der Frühkartoffeln ist seitens des Oberpräsidenten unter dem 14. Juli dieses Jahres eine Anordnung erlassen, nach der der Ankauf, sowie die Ausführung der Frühkartoffeln aus den einzelnen Kreisen nur durch die besonders zugelassenen, mit Erlaubnisschein versehenen Händler der Westfälischen Handelsgenossenschaft und die Verladung auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Schiffen nur auf Grund von Frachtbriefen der Westfälischen Handelsgenossenschaft für Kartoffeln und sonstige Landesprodukte e. G. m. H. in Dortmund erfolgen darf. Wer Frühkartoffeln an andere Personen gegen Entgelt abgibt, verfällt einer Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark.

— **Die Anordnung zur Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs** im Stadt- und Landkreise Bielefeld vom 3. August 1918 mit der Abänderung vom 8. 5. 1919 sowie die Anordnung betr. den Verkehr mit Früchten oder daraus hergestellten Erzeugnissen außerhalb der behördlich geregelten Verteilung insbesondere mit Auslandsgetreide und Auslandsmehl vom 16. August 1918 bleiben auch für das Wirtschaftsjahr 1919/20 in Kraft.

— **Schildesche.** Am 13. August fand in Schildesche eine öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der Herr Lindner-Bielefeld sprach über: „Reichsverderber Erzberger an der Arbeit“. An der Hand eines umfangreichen Materials führte er in klarsten Ausführungen die schamlosen Machenschaften des Erzlügners vor Augen und faßte zum Schluß alles dahin zusammen, daß ohne Beseitigung dieses gemeinschädlichen Mannes ein Wiederaufbau des deutschen Volkes nicht möglich sei. Neben allem andern wies er darauf hin, daß die wichtigste Voraussetzung für die Erneuerung des deutschen Volkes die sittliche Wiedergeburt sei, dazu bedürfe es aber unbedingt moralisch einwandfreier Führer.

Aus der Versammlung heraus wurde nach verschiedenen, manchmal noch kräftigeren Zustimmungen folgende Entschließung in Vorschlag gebracht und einstimmig angenommen:

„Die heute in öffentlicher Versammlung zusammengetretene Ortsgruppe Schildesche der Deutschnationalen Volkspartei spricht ihrer Fraktion in Weimar für ihr Verhalten im Kampf gegen den Reichsverderber Erzberger und seine Gefolgschaft Dank und volles Vertrauen aus.

Von den Erzbergerschen Enthüllungen ist jetzt durch die Grafen Czernin und v. Wedel, durch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, durch die Staatsminister Dr. Michaelis und Dr. Helfferich, durch die englische und französische Regierung, durch den Vatikan und durch Geheimrat v. Rosenberg, den Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, jedes Wort als Lüge, oder Entstellung der Tatsachen gebrandmarkt worden, so daß der Beweis erbracht worden ist, daß Erzbergers politisches Handeln wie Landesverrat gewirkt hat. Die Ortsgruppe spricht dem Reichsverderber jede Befugnis ab, sein Amt noch weiter im Namen des deutschen Volkes zum Schaden des Vaterlandes zu führen.

Die Ortsgruppe erwartet von der Regierung, daß die Erzbergersche Rede unverzüglich öffentlich angeschlagen wird, damit jedem Deutschen die Erzbergerschen Lügen öffentlich vor Augen geführt werden.

Sollte die Regierung die Richtigstellungen der oben benannten Personen und Regierungen nicht mit zum Anschlag bringen, so erwartet die Ortsgruppe von der Parteileitung, daß sie diesen Anschlag veranlassen wird.

* **Spenge.** Am 12. 8. veranstaltete die Deutschn. Volkspartei (Ortsgruppe Spenge) im Saale des Herrn Heitmann einen Volksabend, an dem der Geschäftsführer Lindner aus Bielefeld über das Thema „Die Wahrheit über Erzberger“ sprach. Die Versammlung war gut besucht. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden, Herrn Rektor John, begann Herr Lindner seinen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Er entrollte ein anschauliches Bild von allem Unheil, das unser Vaterland diesem Staatsmann zu verdanken hat, und wie er es immer wieder fertig bringt, sich an der Stelle zu behaupten, wo er den meisten Schaden anrichten kann. Besonders hob er hervor, daß Erzberger es gewesen, der 1917 durch Verbreitung des vom Kaiser Karl erhaltenen, nur in wenigen Stücken angefertigten Immediatberichts des Grafen Czernin, der von der Ohnmacht Österreichs handelte, den deutschen Siegeswillen zerrüttet und den Vernichtungswillen unserer Feinde gestärkt hat. Ihm verdanken wir auch die Wehrlosmachung des deutschen Volkes am 9. November 1918 und die böswillige Auslieferung unserer Handelsflotte. Auch ging er auf die Privatgeschäfte des Herrn Erzberger über und erwähnte u. a. die vom Abbé Wetterle veröffentlichte Nachricht betreffs Verrats eines Kanalprojekts im Norden Berlins, von dem er Kenntnis erhalten, und das er für 150 000 ℳ an eine Pariser Gruppe verkaufen wollte. Der Vortrag endete mit einer flammenden Kampfansage der Deutschnationalen gegen Erzberger und die ihn stützenden Parteien.

Nach Aussprache des Dankes an den Redner durch den Vorsitzenden ergriffen noch das Wort Herr S.-R. Dr. May und Herr Fabrikant Borns. Letzterer schloß sich im Namen der Deutschen Volkspartei voll und ganz den Ausführungen des Herrn Lindner an. Von sozialdemokratischer Seite sprach noch Herr Hildebrandt und machte einen schwachen Versuch, das Verhalten Erzbergers zu verteidigen und alle Schuld an unserer jetzigen trostlosen Lage auf die früheren Konservativen und Alldeutschen zu wälzen. Dann ging er auf andere Dinge über. Seine Behauptungen wurden jedoch in lebhafter Debatte zwischen ihm und dem Herrn Hauptredner entkräftet. Im Schlußwort stattete Herr Rektor John seinen Dank an die Zuhörer ab und forderte zum Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei und Unterstützung derselben mit Wort und Tat auf.

* **Gütersloh.** (Über drei Jahre unterwegs.) Vor einigen Tagen traf hier ein Brief von der Insel Sumatra ein, der von der Zensur aufgehalten, länger als drei Jahre dazu gebraucht hat, den Bestimmungsort zu erreichen. Der Brief war für den hiesigen Empfänger um so wertvoller, da er Aufzeichnungen seiner inzwischen verstorbenen Mutter enthielt, von deren Tode er schon vor länger als Jahresfrist benachrichtigt worden war.

□ **Gütersloh.** (Ein schlechtes Honigjahr.) Aus Imkerkreisen kommen große Klagen über die diesjährige Honigernte. War die Entwicklung der einzelnen Bienenvölker im Frühjahr auch eine gute, die zu den besten Hoffnungen berechtigte, so haben sich diese Erwartungen doch nicht erfüllt; die naßkalte und regnerische Witterung habe nur eine Mittelernte ermöglicht. Viele Völker sind bisher schon am Hunger zugrunde gegangen. Sollte auch die Heideblüte versagen, dann dürfte es mit der Bienenzucht für viele aus sein.

⊶ **Löhne.** (Kirchenraub.) In der Montag-Nacht sind die Kirchen in Mahnen und Löhne-Dorf von Einbrechern heimgesucht worden. Mittelst Einbruch in die Sakristei sind die Schänder in die Kirche gelangt und haben die wertvollen gestickten Altardecken geraubt und andere Behänge zerschnitten und Teile davon mitgenommen. Für Ermittlung der Täter setzt die Kirchengemeinde eine hohe Belohnung aus.

\+ **Aus der Soester Börde.** (Der Roggen) ist in unserer Gegend infolge des schönen trockenen Wetters nunmehr unter Dach und Fach. Die kleineren Landwirte, die nur einen Rüggen (halben Morgen) Roggen stehen hatten, haben schon gedroschen. Gegenüber den Vorjahren ist der Körnerertrag geringer ausgefallen. Während in den letzten Jahren durchschnittlich 40 Garben (zwei Stiegen) 100 Pfd. Roggen lieferten, wird in diesem Jahre dieselbe Menge erst bei 60 Garben erreicht. Immerhin liefert der Roggen noch eine gute Mittelernte. Auch mit dem Mähen des Weizens ist hier und da bereits begonnen worden. Die dicken goldgelben Ähren versprechen einen guten Ertrag. Die Gartenfrüchte, namentlich die Fitzebohnen und Gurken, sind in diesem Jahre infolge der kühlen Witterung des Juli um etwa 14 Tage in der Entwicklung zurück. Die Stangenbohnen lassen noch viel zu wünschen übrig; hoffentlich hält die für ihr Gedeihen notwendige warme Witterung längere Zeit an. Die Frühkartoffeln haben in diesem Jahre ziemlich gut angesetzt. Leider richtet die in diesem Jahre ganz entsetzliche Mäuseplage in den Gärten großen Schaden an.

Kirchl. Nachrichten.

Bielefeld.

9. Sonntag nach Trinitatis, 17. August 1919.
Kollekte für den Verein für christliche Volksbildung.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 Uhr Superintendent Lappe. Vorm. 10 Uhr P. Trautermann. Kindergottesdienst fällt aus. Abends 6 Uhr Gemeinschaftl. Gottesdienst in der Reformierten Kirche.

Neustädter Kirche. Vormittags 8 Uhr Missionar Wehle. — Vorm. 10 Uhr P. Koopmann. Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Hammerschmidt. Kindergottesdienst fällt aus. Abends 6 Uhr Gemeinschaftl. Gottesdienst, P. Koopmann.

Paulus-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Hackländer. 10 Uhr P. Schneider. 6 Uhr gemeinsamer Gottesdienst in der Reformierten Kirche.

Martini-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Bettin. Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst.

Johannis-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Hammerschmidt. — Vorm. 10 Uhr P. Knolle. Abends 6 Uhr Gemeinschaftl. Gottesdienst in der Reformierten Kirche, P. Köhne. Mittwoch abend Bibelbesprechung fällt aus.

Petri-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, P. Kortmann Nachm. 2½ Uhr Taufen.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr P. Waubke. 11¼ Uhr Kindergottesdienst. 3¾ Uhr Taufen.

Zionsgemeinde.

Sonnabend abend 7 Uhr Beichte. P. D. Jaeger. — Sonntag vorm. 8½ Uhr: P. Kuhlo. 9 Uhr: P. Heleib. 10 Uhr: P. Greve; anschließend Feier des heiligen Abendmahls. — Nachmittags 1½ Uhr: Kindergottesdienst; abends 7 Uhr: P. Dietrich. — Donnerstag, abends 7½ Uhr: P. D. Jaeger.

Landeskirchl. Gemeinschaft. Herforderstr. 31 (Hinterhaus). Jeden Sonntag abend 8 Uhr: Evangelisation. Jeden Sonnt. nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr: Bibelstunde. W. Wolf.

Haarausfall, Schuppen usw.
beseitigt sicher
Ernst Weiß rationelle Haarkur.
— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —
Weiss Haarpflege
Viktoriastr. 10 **Bielefeld** Viktoriastr. 10.



Die Uhr der Zukunft
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.
Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. **Bielefeld.** Telefon 711.

Der Deutsche Gartenbauer-Orden (1866)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an **Pastor D. Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Für Landwirte und Selbstversorger!
Haus-Backöfen,
ein- und zweiherdig, in allen Größen, liefert schnellstens
Fr. Koetter,
Brackwede (Westfalen).
Preise auf Anfrage.

Matten
sind wieder vorrätig bei
Adolf Mühlenweg, Bielefeld.

Vorteilhaftes Angebot in

Waschstoffen.

Tupfen-Mull	78—80 cm breit, mit feinen Nadeltupfen, in weiss . . . . Meter	9.75
Batiste	ca. 100 cm breit, gestreift und gemustert . . . . . Meter	9.75
Mullstoffe	ca. 80 cm breit, farbig, bestickt Meter	9.75
Batiste	ca. 115 cm breit, bestickt, in allen modernen Farben . Meter	12.75
Voile	ca. 100—115 cm breit, mit weissen und farbigen Tupfen . . Meter	14.75
Batiste	ca. 135 cm breit, weiss, bestickt Meter	16.75
Voll-Voile	ca. 115 cm brt., farbig, mit Blumen und Tupfen bestickt . . Meter	18.75

Voll-Voile	weiss, ca. 115 cm breit, reich gestickt . . . Meter	19.75
Voll-Voile	ca. 115 cm breit, elegante Ausführung u. Farben, Meter	24.75
Wollmusseline	reine Wolle, in wundervollen, neuen Mustern Meter	19.75
Makobatist	ganz fein gemustert, mit Atlasstreifen, für Blusen und Oberhemden . Meter	12.75
Seidenbatist	ca. 100 cm breit, in allen Farben . . . . . Meter	12.75
Waschcrêpe	100 cm breit, in vielen Farben . . . . . Meter	16.75
Wollmusseline	hochfeine Elsässer Qual., einfarbig, in allen Modefarben . . . . . Meter	19.75

Waschmusseline	gute Qualitäten, in grossem Mustersortiment . . . . Mtr.	5.90	7.90	9.75
Wasch-Krepons	70—80 cm breit, mit Streifen Tupfen und Blumen . . . Mtr.	6.75	8.75	9.75
Tupfen-Batiste	ca. 75 cm breit, in einfarbig und gemustert . . . . . Mtr.	6.75	9.75	12.75
Perkalstoffe	für Oberhemden und Blusen, prima Qual., fein gemustert, Mtr.	8.75	9.75	12.75

Voile	farbig bestickt, 100—115 cm breit . Meter	14.75
Vollvoile	80 cm breit, farbig gemustert, mit Tupfen, Streifen und Streublümchen . . . Meter	14.75
Voile	zirka 100 cm breit, glatt, in weiß und farbig . . . . . Meter	12.75
Opale	115 cm breit, in blau u. lila gestreift, Meter	9.75
Leinen	für Blusen, Kleider u. Kostümröcke Meter	9.75
Popeline	für Kleider und Kostümröcke, in allen Farben . . . . . Meter	14.75

Zephierstoffe	kariert, für Blusen und Kinder-Kleider . . . Meter	9.75
Fantasiestoffe	in weiß, gute Qualität . . . . Meter	9.75
Schürzensatin	prachtvolle türkische Muster . . Meter	12.75
Kleidersatin	80—100 cm breit hochfeine Foulard-Qual. Meter	14.75
Blusenflanell	80 cm breit . . . . Meter	7.90
Sportflanell	hochfeine Qualität . . Meter	9.75

S. Alsberg & Co.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 13, n. d. Ev. Vereinshaus.

Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.

Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig,** Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.



W. Taubert

Bielefeld, Altstädterkirchstrasse 4.

Stahlwaren-Spezialgeschäft

Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7982 Hannover.